Deutscher Bundestag **Drucksache 16/8712**
16. Wahlperiode 03. 04. 2008

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frank Schäffler, Patrick Döring, Dr. Hermann Otto Solms, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 16/8574 –

Riester-Förderung für das Eigenheim

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Koalition der Fraktionen der CDU/CSU und SPD hat sich auf die Einbeziehung der selbstgenutzten Wohnimmobilie in die Riester-Förderung (Wohn-Riester) geeinigt. Im Einzelnen wurde beschlossen, die Entnahmemöglichkeit aus Altersvorsorgeverträgen von derzeit 75 Prozent auf 100 Prozent des angesparten und steuerlich geförderten Vermögens auszuweiten. Alternativ zur nachgelagerten Besteuerung kann das in der Wohnimmobilie gebundene, geförderte Kapital auch einmalig besteuert werden. Dann sollen 70 Prozent des Kapitals zugrunde gelegt werden. Förderfähig sollen zudem zusammengesetzte Verträge sein, die aus einem tilgungsfreien Darlehen und aus einem Bausparvertrag bestehen, der zur Tilgung eines Darlehens eingesetzt wird. Die zugunsten des Bausparvertrags geleisteten Beiträge gelten als geförderte Tilgungsbeiträge.

Nach der Entnahme des angesparten Altersvorsorgevermögens soll ein fiktives Wohnförderkonto eingerichtet werden. Das Konto dient der Ermittlung der späteren Steuerschuld. Geführt werden soll das Konto beim Anbieter, also der Versicherung, Kapitalanlagegesellschaft oder Bausparkasse. Der Entnahmebetrag soll bis zum Renteneintritt mit zwei Prozent verzinst werden.

Die Wohnungsbauprämie von bis zu 45 Euro soll es auch in Zukunft nur für den klassischen Bausparvertrag geben. Die Mittel sollen aber grundsätzlich nur noch für Immobilienzwecke eingesetzt werden dürfen.

1. Wie viele Personen haben seit Einführung der Riester-Rente einen Riester-Vertrag abgeschlossen (gestaffelt nach Jahren)?

Nach Angaben der Anbieter von Riester-Verträgen haben sich die Abschlusszahlen wie folgt entwickelt:

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 26. März 2008 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Jahr	Anzahl der abgeschlossenen Verträge	Gesamtzahl der abgeschlossenen Verträge
2001	1 400 000	1 400 000
2002	1 971 000	3 371 000
2003	554 000	3 924 000
2004	265 000	4 190 000
2005	1 441 000	5 631 000
2006	2 419 000	8 050 000
2007	2 707 000	10 757 000

2. Wie viele Personen verfügen in Deutschland über einen Bausparvertrag?

Zum 31. Dezember 2006 bestanden in der Bundesrepublik Deutschland rund 32 Mio. Bausparverträge. Die Bundesregierung schätzt die Zahl der Bausparer auf rund 14,6 Mio.

3. Wie viele Personen in Deutschland erhalten die Wohnungsbauprämie?

Im Jahr 2006 wurden rund 7,8 Mio. Anträge auf Wohnungsbauprämie bewilligt. Die Zahl der antragstellenden Personen wird von der Bundesregierung auf rund 11,7 Mio. geschätzt.

4. In welchem Volumen schlägt sich dies im Bundeshaushalt nieder?

Im Jahr 2007 betrugen die Ausgaben für die Wohnungsbauprämie im Bundeshaushalt 453,3 Mio. Euro.

5. Wie viele Riester-Sparer haben bisher einen Betrag zwischen 10 000 und 50 000 Euro ihrem privaten Riester-Altersvorsorgevertrag zur Finanzierung des Erwerbs selbstgenutzten Eigentums entnommen?

Der Bundesregierung sind keine Fälle solcher Entnahmen bekannt. Es dürfte auch keine Riester-Verträge geben, in denen seit 2002 bis zum Ende des Jahres 2007 10 000 Euro gefördertes Kapital angesammelt worden sind.

6. Welche Summe steht einem Riester-Sparer nach 30 Jahren durchschnittlich zur Verfügung?

Ein Versicherter, der Beiträge auf Grundlage von 4 Prozent des in der gesetzlichen Rentenversicherung maßgeblichen Durchschnittseinkommens von 30 084 Euro jährlich in einen Riester-Vertrag einzahlt, hat nach einer Modellrechnung unter der Annahme eines Zinssatzes von 4 Prozent und Verwaltungskosten in Höhe von 10 Prozent der Beitragszahlung nach 30 Jahren einen Kapitalstock von rund 63 000 Euro aufgebaut.

7. Wie viele Jahre muss ein durchschnittlicher Riester-Sparer in einen Vertrag einzahlen, um die Mindestsumme von 15 000 Euro zur Entnahme für die Immobilienfinanzierung anzusparen?

Auf Basis der in der Antwort zu Frage 6 beschriebenen Modellrechnung wären rund 11 Jahre Beiträge zu einem Riester-Vertrag erforderlich, um einen Kapitalstock von mehr als 15 000 Euro anzusparen.

8. Wie viele Riester-Sparer werden nach Ansicht der Bundesregierung jährlich den Wohn-Riester nutzen?

Eine Beschlussfassung der Bundesregierung zu den im Referentenentwurf des Eigenheimrentengesetzes enthaltenen Regelungen steht noch aus. Diese erfolgt voraussichtlich im April 2008. Die Auffassung der Bundesregierung ergibt sich hinsichtlich der aufgeworfenen Fragen dann unmittelbar aus dem beschlossenen Entwurf.

9. Wie haben sich die Immobilienpreise in den letzten zwanzig Jahren jeweils in den einzelnen Bundesländern entwickelt?

Ein tragfähiger Preisindikator aus der amtlichen Statistik über die Entwicklung der Immobilienpreise liegt nicht vor.

Verschiedene Quellen (Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank u. a.) zur aktuellen Preisentwicklung zeigen ein je nach Segment (z. B. Neubau oder Bestand) und regionalen Teilmärkten differenziertes Bild. Für den Zeitraum ab dem Jahr 2000 ist festzustellen, dass sich neu errichtete Wohnimmobilien leicht, jedoch unterhalb der Inflationsrate, verteuert haben; die Preise für Gebrauchtimmobilien änderten sich kaum.

10. Wie werden sich die Immobilienpreise nach Ansicht der Bundesregierung in den nächsten Jahren entwickeln?

Prognosen sind nur in Bezug auf Immobilienteilmärkte sinnvoll. Grundsätzlich gehen vorliegende Prognosen für die nächsten Jahre von einem leichten Preisanstieg bei Immobilien aus.

Darauf weist auch der Bericht des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, „Wohnungs- und Immobilienmärkte in Deutschland 2006“ hin.

11. Wie viele Eigenheime wurden in den letzten zehn Jahren jeweils in den einzelnen Bundesländern fertiggestellt?

Als Anlage 1 sind die Fertigstellungen für die einzelnen Bundesländer getrennt nach Ein- und Zweifamilienhäusern für die vergangenen zehn Jahre aufgelistet. Es ist darauf hinzuweisen, dass in geringerem Umfang Wohneigentumsbildung auch in Mehrfamilienhäusern erfolgt. Anlage 2 informiert über die Anteile der Wohnungen in den Ein- und Zweifamilienhäusern, die selbst genutzt werden.

12. Welchen Trend erwartet die Bundesregierung im Eigenheimbau?

In Abhängigkeit von der regionalen demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung werden sich – wie in der Antwort zu Frage 10 dargelegt – divergierende Trends ergeben. Die Rahmenbedingungen für den Erwerb von

Wohneigentum sind weiterhin günstig. Die Bundesregierung betrachtet die Unterstützung der Wohneigentumsbildung insbesondere bei jungen Familien mit Kindern und zur Altersvorsorge nach wie vor als eine zukunftsweisende Aufgabe. Das geplante Eigenheimrentengesetz schafft daher eine diskriminierungsfreie Einbeziehung des selbstgenutzten Wohneigentums in die private Altersvorsorge. Diese Förderung wird sich zugleich stabilisierend auf die Eigentumsbildung auswirken.

13. Mit welchem zusätzlichen Bürokratieaufwand rechnet die Bundesregierung für die Sparer von Wohn-Riester-Produkten?

14. Mit welchem zusätzlichen Bürokratieaufwand rechnet die Bundesregierung für die Anbieter von Wohn-Riester-Produkten?

15. Welche Informationspflichten müssen nach Ansicht der Bundesregierung die Anbieter fiktiver Wohnförderkonten erfüllen?

16. Wie hoch beziffert die Bundesregierung die Bürokratiekosten für Riester-Anbieter im Zusammenhang mit dem geplanten fiktiven Wohnförderkonto?

17. Welche Voraussetzungen müssen nach Ansicht der Bundesregierung Wohn-Riester-kompatible Produkte erfüllen, um zertifiziert zu werden?

18. Wer soll zum begünstigten Personenkreis von Wohn-Riester-Sparern zählen?

19. Wie werden Verträge vor beziehungsweise nach dem Renteneintritt verstorbener Wohn-Riester-Sparer behandelt?

20. In welcher Höhe wird Wohn-Riester nach der Erwartung der Bundesregierung zu jährlichen staatlichen Mindereinnahmen führen?

Eine Beschlussfassung der Bundesregierung zu den im Referentenentwurf des Eigenheimrentengesetzes enthaltenen Regelungen steht noch aus. Diese erfolgt voraussichtlich im April 2008. Die Auffassung der Bundesregierung ergibt sich hinsichtlich der aufgeworfenen Fragen dann unmittelbar aus dem beschlossenen Entwurf.

21. Welchen Zeitplan zur Verabschiedung und welchen Zeitpunkt des Inkrafttretens plant die Bundesregierung für das Eigenheimrentengesetz?

Die Bundesregierung hat diesbezüglich noch keinen Beschluss gefasst.

Baufertigstellungen nach Ländern (Anzahl von Wohnungen)

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
in neuerrichteten Wohngebäuden				**mit 1 Wohnung**				
1997	14.569	25.205	2.769	11.571	439	1.003	6.815	6.208
1998	17.771	27.615	2.522	13.364	482	1.176	6.803	6.375
1999	19.179	29.218	3.254	13.302	721	1.091	8.134	6.554
2000	20.162	29.791	2.606	11.850	660	1.505	8.277	5.345
2001	16.156	24.627	2.378	9.614	800	1.133	7.141	4.769
2002	14.797	25.110	2.221	8.656	683	1.229	6.287	4.333
2003	14.940	24.200	1.708	8.117	583	1.232	5.111	3.953
2004	16.761	26.294	2.233	8.029	577	1.396	5.912	4.229
2005	15.054	21.833	1.969	7.543	735	1.217	6.355	3.371
2006	16.422	22.639	2.175	7.424	534	1.637	7.013	2.998
Summe	165.811	256.532	23.835	99.470	6.214	12.619	67.848	48.135
				mit 2 Wohnungen				
1997	9.448	11.146	708	2.708	88	240	5.080	1.624
1998	9.264	11.024	576	3.020	52	336	4.598	1.382
1999	8.546	11.004	480	2.582	98	302	4.544	1.208
2000	7.932	10.354	294	2.266	114	280	3.910	904
2001	6.290	8.012	252	1.656	74	268	3.558	730
2002	5.784	7.562	262	1.552	78	190	3.530	738
2003	5.306	6.248	212	1.314	72	202	2.942	646
2004	5.522	6.786	190	1.126	72	154	2.378	648
2005	5.078	5.694	218	932	72	144	2.404	570
2006	4.824	5.114	154	916	70	108	2.364	492
Summe	67.994	82.944	3.346	18.072	790	2.224	35.308	8.942

Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 5 Reihe 1: Bautätigkeit; Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft.

Stand: 26.09.2007

Anlage 1, Antwort zu Frage 11

Baufertigstellungen nach Ländern (Anzahl von Wohnungen)

Jahr	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
in neuerrichteten Wohngebäuden				**mit 1 Wohnung**				
1997	19.014	23.546	6.865	1.319	9.023	7.019	7.142	5.779
1998	21.355	26.309	7.335	1.412	8.479	6.992	8.132	5.109
1999	25.168	31.915	8.844	1.441	8.411	6.680	9.613	4.938
2000	25.571	32.272	9.383	1.520	8.324	6.653	7.999	4.799
2001	20.847	27.943	7.409	1.190	5.603	4.425	6.695	3.456
2002	19.725	24.813	7.583	1.246	4.832	4.211	6.333	3.187
2003	20.743	25.190	7.332	1.179	4.261	3.974	6.404	2.893
2004	20.860	29.055	8.407	1.284	4.988	3.950	7.284	2.829
2005	15.216	25.658	7.632	1.076	4.176	2.901	5.794	2.296
2006	15.814	23.705	7.908	1.030	4.080	2.757	6.028	2.247
Summe	204.313	270.406	78.698	12.697	62.177	49.562	71.424	37.533
				mit 2 Wohnungen				
1997	6.580	9.364	4.606	868	4.644	1.290	2.144	2.232
1998	6.434	9.406	4.334	846	3.548	1.136	1.954	1.470
1999	7.316	10.048	4.694	838	3.070	976	1.748	1.414
2000	6.438	9.524	4.452	754	2.430	962	1.320	1.064
2001	4.824	7.700	3.450	602	1.490	572	980	728
2002	4.354	6.370	3.452	460	1.324	472	848	652
2003	4.154	5.896	3.038	516	980	402	814	600
2004	3.854	6.106	3.042	520	992	404	842	480
2005	2.750	5.478	2.752	420	758	294	704	362
2006	2.682	4.282	2.584	300	512	196	744	316
Summe	49.386	74.174	36.404	6.124	19.748	6.704	12.098	9.318

Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 5 Reihe 1: Bautätigkeit; Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft.

Anlage 2, Antwort zu Frage 11

MZ-Zusatzerhebung 2006
Bewohnte Wohneinheiten nach Gebäudegröße und Art der Nutzung *)

Merkmal	Insgesamt	Davon			
		Eigentümerwohneinheiten		Mietwohneinheiten	
	1 000		%	1 000	%
	Wohngebäude mit 1 Wohneinheit				
Baden-Württemberg	1 239,8	1 089,4	87,9	150,4	12,1
Bayern	1 737,1	1 505,0	86,6	232,1	13,4
Berlin	135,7	119,0	87,6	16,8	12,4
Brandenburg	395,1	360,8	91,3	34,3	8,7
Bremen	76,9	67,8	88,2	9,1	11,8
Hamburg	123,8	99,8	80,6	24,0	19,4
Hessen	727,8	641,9	88,2	85,8	11,8
Mecklenburg-Vorpommern	229,2	209,1	91,3	20,0	8,7
Niedersachsen	1 368,4	1 195,9	87,4	172,5	12,6
Nordrhein-Westfalen	1 984,3	1 704,9	85,9	279,3	14,1
Rheinland-Pfalz	704,2	625,1	88,8	79,1	11,2
Saarland	172,1	156,8	91,2	15,2	8,8
Sachsen	372,8	349,6	93,8	23,2	6,2
Sachsen-Anhalt	341,1	316,3	92,7	24,9	7,3
Schleswig-Holstein	526,1	454,1	86,3	72,0	13,7
Thüringen	286,6	266,8	93,1	19,8	6,9
Deutschland	10 420,8	9 162,2	87,9	1 258,6	12,1
	Wohngebäude mit 2 Wohneinheiten				
Baden-Württemberg	1 028,1	502,5	48,9	525,6	51,1
Bayern	1 113,8	500,7	45,0	613,1	55,0
Berlin	39,1	12,6	32,2	26,5	67,8
Brandenburg	151,6	59,8	39,5	91,8	60,5
Bremen	38,3	15,5	40,4	22,8	59,6
Hamburg	50,2	16,8	33,6	33,4	66,4
Hessen	601,8	294,5	48,9	307,3	51,1
Mecklenburg-Vorpommern	84,3	29,9	35,4	54,4	64,6
Niedersachsen	705,5	286,4	40,6	419,1	59,4
Nordrhein-Westfalen	1 349,6	598,6	44,4	751,0	55,6
Rheinland-Pfalz	415,2	187,5	45,2	227,7	54,8
Saarland	151,4	67,0	44,2	84,4	55,8
Sachsen	294,1	127,0	43,2	167,1	56,8
Sachsen-Anhalt	162,8	61,1	37,6	101,6	62,4
Schleswig-Holstein	174,4	64,7	37,1	109,8	62,9
Thüringen	219,2	103,2	47,1	116,0	52,9
Deutschland	6 579,5	2 927,9	44,5	3 651,6	55,5

----
*) In Wohngebäuden ohne Wohnheime.

Statistisches Bundesamt, Fachserie 5, Heft 1, 2006 - vorläufige Angaben

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333